

# Weltbevölkerungsbericht 2025

Kernbotschaften



Weltweit stellen demografische Entwicklungen Gesellschaften vor Herausforderungen. In einigen Ländern wächst die Bevölkerung rasant, anderswo sinken Geburtenraten und die Bevölkerung altert. Die Sorge vor zu vielen oder zu wenigen Menschen führt zu kurzfristigen politischen Maßnahmen, restriktiven Gesetzen und gesellschaftlichen Normen – mit dem Ergebnis, dass viele Menschen nicht die Familie gründen können, die sie sich wünschen.

*Die Erkenntnisse dieses Berichts basieren auf einer Umfrage von mehr als 14.000 Personen in 14 Ländern, ergänzt durch aktuelle wissenschaftliche Analysen.*

## **Weltweit stehen viele Menschen weiterhin vor großen Herausforderungen bei der Familienplanung. Sowohl unbeabsichtigte Schwangerschaften als auch unerfüllte Kinderwünsche sind weit verbreitet.**

- » 32 % der Befragten haben mindestens eine unbeabsichtigte Schwangerschaft erlebt. Global gilt fast jede zweite Schwangerschaft als unbeabsichtigt. 61 % dieser Schwangerschaften enden mit einem Abbruch.
- » 23 % der Befragten hatten einen unerfüllten Kinderwunsch; über 40 % mussten diesen Wunsch aufgeben.
- » Fast 13 % der Befragten waren sowohl von unbeabsichtigter Schwangerschaft als auch unerfülltem Kinderwunsch betroffen.
- » Finanzielle Gründe (über 50 Prozent), gesundheitliche Probleme (24 Prozent) und Zukunftsorgen wie Klimawandel und Kriege (19 Prozent) verhindern die gewünschte Kinderzahl. Die Hürden zur Familiengründung ähneln den Hürden, eine Schwangerschaft zu vermeiden.

## **Geschlechtergerechtigkeit verstärkt die Herausforderungen. Noch immer fehlt es vielen Frauen und Mädchen an der Möglichkeit, selbstbestimmt über ihren Körper und ihre Gesundheit zu entscheiden. Gesetze, soziale Normen und strukturelle Ungleichheiten behindern echte Gleichstellung.**

- » Weltweit haben 44 Prozent aller Frauen und Mädchen keine Entscheidungsgewalt über ihre sexuellen Beziehungen, Verhütung oder reproduktive Gesundheitsversorgung.
- » In 69 Ländern haben 11 % keine Kontrolle über Verhütung, 25 % nicht über ihre Gesundheitsversorgung, 24 % können Sex nicht ablehnen.
- » Etwa ein Drittel aller Frauen erlebt im Laufe ihres Lebens sexualisierte Gewalt, Gewalt durch (Ex-)Partner oder andere Formen von Missbrauch.

- » Fast jedes fünfte Mädchen weltweit wird vor dem 18. Lebensjahr verheiratet.
- » Laut Gender Social Norms Index vertreten weltweit rund 85 % der Menschen mindestens ein geschlechterbezogenes Vorurteil.

**Politische Eingriffe in Fertilitätsraten aus Sorge um zu viele oder zu wenige Menschen sind oft ineffektiv, gefährlich und menschenrechtswidrig. Dabei braucht es politische Maßnahmen: für Entscheidungsfreiheit und Menschenrechte.**

- » Viele staatliche Maßnahmen sind unwirksam, darunter:
  - Finanzielle Anreize wie einmalige „Baby-Boni“
  - Verbote von umfassender Sexualaufklärung an Schulen
  - Einschränkungen beim Zugang zu Verhütungsmitteln
  - Begrenzung oder Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
- » Diese Maßnahmen sind kontraproduktiv und verschärfen das Problem:
  - Verbote von Schwangerschaftsabbrüchen führen zu mehr unsicheren Abbrüchen und höherer Müttersterblichkeit. Rund 40 % aller Frauen im gebärfähigen Alter (753 Millionen) leben in Ländern mit restriktiven Gesetzen zu Schwangerschaftsabbrüchen. Dort greifen viele Frauen zu unsicheren Methoden – weltweit gelten etwa 45 % aller Abbrüche als unsicher.
  - Unsichere Abbrüche sind eine Hauptursache für Unfruchtbarkeit.
  - Eingeschränkte Wahlfreiheit kann junge Menschen pessimistisch gegenüber der Zukunft machen – und weniger bereit, Kinder zu bekommen.
  - Die Geschichte zeigt: Versuche, Geburtenraten zu steuern, führen oft zu Zwang und Menschenrechtsverletzungen.
- » Maßnahmen, die auf Freiwilligkeit und Gleichstellung setzen, erhöhen die Bereitschaft zur Familiengründung. Außerdem braucht es Maßnahmen, die demografische Veränderungen vorbereiten und gestalten, etwa:
  - Bezahlbarer Wohnraum und gute Arbeitsplätze
  - Fertilitätsversorgung für alle, nicht nur für Wohlhabende
  - Familienfreundliche Politik wie Elternzeit
  - Gleichberechtigung und Anerkennung vielfältiger Familienformen

**UNFPA ruft dazu auf, Menschenrechte ins Zentrum der Bevölkerungspolitik zu stellen statt Kontrolle oder Zwang. Reproduktive Selbstbestimmung erfordert freien Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, und gesellschaftlicher Teilhabe sowie gesicherte Entscheidungsfreiheit.**

**Über die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)**

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation, mit dem Ziel, das Potenzial der größten Jugendgeneration aller Zeiten zu fördern, um damit zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Sie ermöglicht jungen Menschen in Ostafrika den Zugang zu jugendgerechten Gesundheitsinformationen und modernen Verhütungsmitteln, und setzt sich auch auf politischer Ebene für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ein, insbesondere für junge Frauen und Mädchen. Darüber hinaus arbeiten die Büros in Europa und Ostafrika für die gendergerechte Förderung von Forschung und Innovation zur Bekämpfung armutsassoziierter Krankheiten.